



# AG Südbaden



**Kerstin Andreae**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Sandra Boser	Reinhold Pix
Josha Frey	Alexander Schoch
Thomas Marwein	Edith Sitzmann (Fraktionsvorsitzende)
Bärbl Mielich	Sigfried Lehmann

Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg

Freiburg, 31. Januar 2014

## **Resolution: Erneuerbare ausbauen und nicht ausbremsen!**

Die südbadischen Bundes- und Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/ Die Grünen (AG Südbaden) sind besorgt angesichts der Pläne von Bundeswirtschaftsminister Gabriel zur Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG). Die Vorschläge können sich schädlich auf den weiteren Ausbau der Erneuerbaren auswirken und führen im schlimmsten Fall zum Stillstand der Wind- und Solarenergie. Dies wiederum hätte erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, gerade in Baden-Württemberg, da hier viele Zulieferbetriebe der Branche ihren Sitz haben.

Dass Betreiber von Windkraft- und Solaranlagen gezwungen werden sollen, ihren Strom selbst zu vermarkten, bevorzugt große Anbieter und benachteiligt Energiegenossenschaften sowie kommunale Stadtwerke. Aufgrund hoher Vorlaufkosten und geforderter Liefermengen haben diese zudem Schwierigkeiten, sich an europaweite Ausschreibungen zu beteiligen. Dabei stammt jede zweite Kilowattstunde Ökostrom in Deutschland aus Bürgerhand und ermöglichte allein in 2012 Investitionen in Höhe von 5 Milliarden Euro.

Die AG Südbaden bekennt sich wie auch die Landesregierung von Baden-Württemberg zur Energiewende hin zu einer Energieversorgung ohne Kern- und ohne Kohleenergie. Die dafür notwendige Energiemarktreform muss jedoch mit Sorgfalt und Weitsicht erfolgen und die Belange der heimischen Wirtschaft mit berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass ausgerechnet die kostengünstige und verbrauchsnahe Windenergie an Land zurückgefahren werden soll. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss konsequent und kosteneffizient weitergeführt werden. Dafür ist eine enge Abstimmung mit den Bundesländern notwendig.

Wir fordern daher:

- einen angemessenen Vertrauensschutz für Investoren

- bessere Rahmenbedingungen für Energiegenossenschaften und kommunale Stadtwerke
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien kosteneffizient weiterzuführen, um den Anteil von Ökostrom bis 2020 zu verdoppeln
- den Genehmigungsrahmen aufgrund der langen Planungszeit bei Windenergieprojekten deutlich zu erweitern
- die Einrichtung einer ständigen Energieministerkonferenz aus Ländern und dem Bund unter Vorsitz der Länder
- die Einführung eines fokussierten Kapazitätsmechanismus, um eine wirtschaftliche Basis für Investitionen in neue, flexible und klimafreundliche Erzeugungs-, Last- und Speicherkapazitäten zu schaffen

#### Hintergrund:

Gabriels Eckpunktepapier zur Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) setzt die falsche Linie des Koalitionsvertrages fort: Der Ausbau von Windenergie an Land und Solarenergie soll ausgebremst und auf maximal 40-45 % bis 2025 bzw. 55 – 60 % bis 2035 gedeckelt werden. Damit fällt das Konzept hinter die Ziele der schwarz-gelben Koalition zurück. Dazu kommt das Bekenntnis Windkraft an Land nur noch an „guten Standorten“ zu fördern, auch wenn die fragwürdige Festlegung eines Mindestreferenzertrages aus dem Koalitionsvertrag nicht mehr auftaucht. Dennoch droht in Mittel- und Süddeutschland damit großen Gebieten der Windenergie-Ausschluss, ein dezentraler, verbrauchernaher Zubau würde geschwächt.

Ein „atmender Deckel“ für die Vergütung der Windenergie, so wie Gabriel es vorschlägt, ist im Gegensatz zur Photovoltaik nicht praktikabel, da Windenergieprojekt an Land einen mehrjährigen Planungsvorlauf haben. Weiter hat Gabriel in seinem Eckpunktepapier angekündigt, zu Ostern ebenfalls einen Entwurf für eine Änderung des Baugesetzbuches vorzulegen. Diese Gesetzesänderung soll es Landesregierungen ermöglichen, pauschale Abstandsregelungen zwischen Wohnbebauung und Windenergieanlagen zu erlassen („Länderöffnungsklausel“). Damit drohen völlig überzogene Abstandsregelungen von mehreren Kilometern, die den Bau von neuen Windenergieanlagen in manchen Bundesländern schlicht unmöglich machen können.

Die Senkung der Erneuerbaren-Ziele schadet dem Klima, denn sie sichert im Umkehrschluss der Kohle für die Zukunft einen hohen Marktanteil. Schon heute steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland trotz Energiewende, weil klimaschädliche Kohlekraftwerke immer mehr Strom liefern. Um dies zu ändern, müssen erneuerbare Energien Schritt für Schritt neben Atom- auch Kohlekraftwerke ersetzen. Die Ziele liegen zudem weit hinter dem wirtschaftlich Möglichen und Sinnvollen. Denn schon heute sind Windenergie an Land und Photovoltaik die preiswerteste Form der Stromerzeugung. Kosteneffizienz ist mit dem Ausbaudeckel folglich nicht zu erreichen. Die Höhe der heutigen EEG-Umlage resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Börsenpreisen, ausufernden

Industrierausnahmen und Kosten der Technologieentwicklung der Vergangenheit.  
Ausbaudeckel für Windenergie an Land und Solarenergie sind keine Antwort darauf.

Die UnterzeichnerInnen:

Kerstin Andreae MdB (Wahlkreis Freiburg)

Edith Sitzmann MdL (Wahlkreis Freiburg I)

Sandra Boser MdL (Wahlkreis Lahr/Wolfach)

Josha Frey MdL (Wahlkreis Lörrach)

Thomas Marwein MdL (Wahlkreis Offenburg)

Bärbl Mielich MdL (Wahlkreis Breisgau)

Siegfried Lehmann MdL (Wahlkreis Konstanz)

Reinhold Pix MdL (Wahlkreis Freiburg II)

Alexander Schoch MdL (Wahlkreis Emmendingen)